

SPD
CDU

Herrn Bezirksbürgermeister

Bernd Schößler

Frau Oberbürgermeisterin

Henriette Reker

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 02.12.2015

AN/1899/2015

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	

Erhalt der Strukturen im Vereins- und Schulsport – Sicherung der vorhandenen Angebote

- Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU -

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir möchten Sie bitte, den folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Nippes am 03.12.2015 zu setzen.

Die Bezirksvertretung Nippes möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Nippes fordert die Verwaltung auf

1. von der Belegung von Turnhallen im Stadtbezirk als weitere Notmaßnahmen abzusehen und andere Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen und zu nutzen sowie
2. die bereits belegten Turnhallen kurzfristig wieder dem Vereins- und Schulsport sowie den anderen Nutzungen im Bildungskanon zur Verfügung zu stellen.

Weiter fordert die Bezirksvertretung Nippes den Rat auf, den Beschluss zu fassen, mit sofortiger Wirkung Turnhallen nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen und die Verwaltung aufzufordern Alternativen zur Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen bzw. zu schaffen.

Begründung:

Seit geraumer Zeit werden jeweils als „Notmaßnahme“ Turnhallen (nicht nur im Stadtbezirk Nippes) zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen. Dabei konkurrieren die gesetzlichen Verpflichtungen zur Unterbringung mit den Interessen der bisherigen Nutzer.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen ist aus verschiedenen Gründen nicht adäquat und sollte auch an sich schon genug Herausforderung sein, bessere Möglichkeiten zu schaffen bzw. zu nutzen.

Eine zunehmende Nutzung greift aber auch nachhaltig in funktionierende Strukturen des Schul- und Vereinssports und weiterer Nutzungen wie z.B. der OGTS ein bzw. macht sie unmöglich.

Daher sind ein sofortiger Stopp und auch eine Veränderung der Beschlusslage des Rates erforderlich.

gez. Baumann

gez. Schmitz